



5-Punkte Papier der SVP GR 2023-2027

*Grundlage bildet das Parteiprogramm der SVP
Schweiz 2024 bis 2029*

Volksrechte & Föderalismus

- Wir verlangen, dass die Volksrechte respektiert werden und eingereichte Initiativen in Zweifelsfällen immer vors Volk kommen.
- Wir erwarten, dass die vom Volk gewählte „Classe-Politique“ Volksentscheide akzeptiert und ohne Wenn und Aber umsetzt.
- Wir erwarten vom Kanton, dass womöglich den Gemeinden die volle Entscheidungskompetenz erteilt wird.
- Bei Vorlagen, welche zu Kostenfolgen für die Gemeinden führen, sollen diese ein Mitspracherecht haben.
- Die SVP eine aktive Förderung von Gemeindefusionen ab. Zielwerte für die Anzahl Gemeinden im Kanton sind abzuschaffen.

Finanzen & Staatsausbau

- Die SVP verlangt Korrekturen im Sozialbereich. Die Bemessung des Existenzminimums muss strenger gehandhabt werden. Arbeit muss sich lohnen.
- Die SVP verlangt, dass neue Gesetze nur dann beschlossen werden dürfen, wenn gleichzeitig ein altes gestrichen wird. Bei neuen Verordnungen soll ein Vetorecht des Grossen Rates eingeführt werden.
- Familien, Mittelstand und Gewerbe müssen steuerlich entlastet werden.
- Der New Green Deal darf nicht über höhere Steuern, Abgaben und sonstige Fonds finanziert werden.
- Die lebenslange Rente für Regierungsmitglieder soll abgeschafft werden.

Energie

- Wir verlangen eine harte Haltung bei den Wasserzinsen.
- Wir messen die Befürworter der Energiestrategie an ihrem Versprechen, wonach eine Senkung des Gesamtenergieverbrauchs von 43% keine Verbote und keine Bevormundungen zur Folge habe.
- Grosse Wasserkraftprojekte müssen so schnell wie möglich realisiert werden können. Unnötige Auflagen müssen sofort beseitigt werden.
- Auf, von ausserkantonalen Unternehmungen betriebenen Solar- und Windanlagen auf Bündner Terrain, soll ein Wind- und Sonnenzins eingeführt werden.
- Wir verlangen eine verantwortungsvolle Klimapolitik statt massiver Verteuerungen und Regulierungen unter dem Mantel des New Green Deal.

Verkehr

- Wir verlangen, dass aus den Nationalstrassengeldern ein Anteil für Kantone reserviert wird, die bei der Zuteilung von Nationalstrassen unterdurchschnittlich berücksichtigt werden.
- Wir fordern vom Bund die sofortige Umsetzung der beschlossenen Umklassierung der Julierstrasse.
- Wir verlangen die Sicherung und den Ausbau von Hauptverkehrsachsen (Maloja etc)
- Wir erwarten vom Kanton schnelle, unkomplizierte Lösungen für die Entlastung der Dörfer an der A13 (Wochenendtourismus) und an der Engadinerstrasse (Vereina und Livigno).
- Wir erwarten vom Kanton, dass die Umsetzung von Zukunftsprojekten von Bahn- und Bergbahnunternehmen vorangetrieben und unterstützt wird.

Bildung

- Wir betrachten die Erziehung grundsätzlich als Sache der Eltern und die Ausbildung als Sache der Schule.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger selber über ihr Schulwesen bestimmen können.
- Wir verlangen, dass der Unterricht in der Volksschule nach klaren und verbindlichen Lernzielen in den Kernfächern leistungsorientiert geführt wird.
- Wir verlangen, dass die Berufslehre gegenüber der allgemeinbildenden Mittelschule aufgewertet wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen eine führende Stellung im globalen Bildungsmarkt haben.

Landwirtschaft

- Wir setzen uns für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden, marktnah produzierenden Nahrungsmitteln versorgt.
- Wir erwarten, dass dem Erhalt von Kulturland grosse Sorge getragen wird.
- Wir anerkennen, dass der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft und die Förderung der Alpwirtschaft für unseren Kanton von grosser Bedeutung sind.
- Wir halten am Ziel einer dezentralen Besiedlung als Teil der Agrarpolitik fest.
- Wir verlangen bei der Regulierung der Grossraubtiere mehr Spielraum durch den Kanton. Problem- und verhaltensauffällige Tiere sind sofort mittels Verteidigungsschuss zum Abschuss freizugeben.

Tourismus & Wirtschaft

- Wir fordern tiefere Abgaben, Gebühren und Steuern und weniger Regulierungen für alle Branchen.
- Wir fordern flexible Arbeitszeiten für Freizeitbetriebe und im Tourismus. Zusätzliche "flankierende Massnahmen", Kontrollbesuche und Verstaatlichungen lehnen wir ab.
- Die öffentliche Hand darf private Unternehmen nicht konkurrieren und auch deren Arbeitskräfte nicht mit attraktiveren Konditionen abwerben.
- Wir erwarten die Vergabe der öffentlichen Beschaffungen im Kanton (Ausschöpfen aller Möglichkeiten im öffentlichen Beschaffungswesen).
- Wir fordern einfache und beschleunigte Bewilligungsverfahren. Die Einspracheverfahren müssen wieder auf die direkt Betroffenen beschränkt und zeitlich gestrafft werden.

Gesundheitswesen

- Wir fordern echten Wettbewerb unter allen Spitälern (öffentlich & privat), für mehr Qualität zu besseren Preisen.
- Interessenkonflikte der Kantone müssen durch eine regionale Versorgungsplanung reduziert und teure Überversorgung abgebaut werden.
- Wir fordern die Anpassung der frei wählbaren Franchisen der KVG-Grundversicherung zur Stärkung der Eigenverantwortung
- Wir fordern die Vertragsfreiheit, sofern regionale und fachliche Versorgung sichergestellt sind.
- Wir fordern einen Stopp der übermässigen Akademisierung der Pflege – mehr Pflege, weniger Bürokratie.

Sport & Kultur

- Wir begrüßen die sportliche Betätigung zur Förderung von Gesundheit und Fitness.
- Wir verlangen vom Kanton Massnahmen zur Förderung von Sport- und Klassenlagern von ausserkantonalen Klassen in unserem Kanton.
- Wir fordern eine Angleichung des Verhältnisses zwischen Kulturförderung und Sportförderung ohne Erhöhung der Gesamtausgaben.
- Wir fordern mehr Volkskultur durch Vereine und Private und weniger kantonale Kulturförderung für die elitäre Profikultur.
- Einheimisches Brauchtum darf nicht unter Umerziehungsversuche linker Kreise leiden oder zu Anpassungen gezwungen werden.

Erstwohnungsmangel

- Wir fordern eine massive Beschleunigung der Raumplanungsprozesse.
- Wir erwarten keine unnötigen Rückzonungen, dafür mögliche neue Bauzonen.
- Wir fordern finanzielle Entlastung und weniger Denkmalschutz bei Umbauten von nicht bewohnbaren Ställen.
- Wir fordern die sofortige Abschaffung von kantonalen Hürden.
- Graubünden soll eine Standesinitiative zur Korrektur der Fehlentwicklung in der nationalen Raumplanung einreichen.

Unabhängigkeit & Eigenständigkeit

- Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität sind die Fundamente der Schweiz. Sie geben uns persönliche und wirtschaftliche Sicherheit.
- Wir lehnen Entscheide von EU-Richtern, denen sich die schweizerische Rechtsprechung zu beugen hat, klar ab.
- Wir müssen unsere Landesgrenzen wieder selber kontrollieren können.
- Wir verlangen vom Bundesrat und seinen Diplomaten, dass sich diese vollumfänglich, ehrlich und mit Mut und Herzblut ausschliesslich für die Anliegen der Schweiz einsetzen.
- Wir stehen zu unserer Heimat, unserem Land und unserer Geschichte. Wir bieten Zuwanderern eine neue Heimat, wenn sie sich unseren Werten und unseren Regeln anpassen.

Sicherheits-, Asyl- und Zuwanderungspolitik

- Wir verlangen, dass die Polizeikräfte so dotiert und ausgerüstet werden, dass sie Terrorismus und Kriminalität wirksam bekämpfen können.
- Wir fordern, dass die Höhe der Sozialhilfeleistungen wieder durch die Gemeinden selbst festgelegt werden können und die erlassene Verbindlicherklärung der SKOS-Richtlinien aufgehoben wird.
- Wir fordern, dass die Schweizer Südgrenze intensiv kontrolliert und illegal Einreisende konsequent zurückgewiesen werden.
- Gegenüber dem Bund muss sichergestellt werden, dass die Zollverwaltung die Talschaften und die Grenzübergänge an der Front nicht verlässt.
- Wir verlangen, dass die Bündner Regierung zusammen mit dem Bund aktiver und stärker gegen die Mafia in unserem Kanton vorgeht.